

DOPPELHAUSHALT			2017/2018
STELLUNGNAHME zu Antrag			114-115
Die Linke --- --- --- --- --- --- ---	Seite HH-Plan	Produktgruppe	
	237	3180	
	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart		
	Transferaufwendungen		
Karlsruher Pass und Kinderpass: Anhebung der Leistungen- Erweiterung des Be- rechtigten- und des Nutzerkreises			

In der Sitzung vom 26. Juli 2016 wurde die Fortentwicklung der Leistungen des Karlsruher Passes und des Kinderpasses durch den Gemeinderat mehrheitlich beschlossen.

Aufgrund des Haushaltsstabilisierungsprozesses der Stadt Karlsruhe können weitere Rücknahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen nicht unterstützt werden.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

29.09.2016

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Karlsruher Pass - Anhebung der Leistungen - Erweiterung des Berechtigten- und des Nutzerkreises

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 237	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 3180					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2017	2018	2019	2020	2021
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

Karlsruher Pass - Anhebung der Leistungen - Erweiterung des Berechtigten- und des Nutzerkreises

► Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
► bitte Zuschussempfänger eintragen
► Sachverhalt Begründung

Wir beantragen die Einstellung der erforderlichen Mittel für:

1. die Anhebung der Leistungen des Karlsruher Passes auf das Niveau vor dem 1. September 2016.
2. Bei der Belegung von Volkshochschulkursen gibt es keinerlei Beschränkungen.
3. Der Kreis der Bezugsberechtigten wird durch die Erhöhung des anrechenbaren Bedarfs um weitere 10 Prozent erweitert.
3. Die Stadt legt dem Gemeinderat ein Konzept vor, wie der Kreis der Nutzer/innen des Karlsruher Passes erweitert werden kann. Dazu gehört eine Untersuchung, in wie weit die Bezugsberechtigten den Karlsruher Pass nicht nutzen, weil sie es nicht wollen - oder weil sie ihn nicht kennen oder nicht wissen, wie man den Karlsruher Pass erhält.

Begründung:

Im Juli 2016 hat der Gemeinderat mehrheitlich Leistungskürzungen beim Karlsruher Pass ab September 2016 beschlossen. Diese umfassen v.a. eine Kürzung des städtischen Zuschusses bei der Belegung von VHS-Kursen, die Einführung einer Eigenbeteiligung bei dem vormals kostenfreien Eintritt in den Zoo und eine Kürzung des städtischen Zuschusses zu den Gebühren für das Städtische Konservatorium.

Der "Sparbetrag" dieser Leistungskürzungen ist vom Haushalt her gesehen gering, die Auswirkungen auf die Nutzer/innen des Karlsruher Passes sind im Gegensatz dazu erheblich. Sie sind direkt, weil diese Menschen keine Spielräume haben, die mit den Kürzungen verbundenen Einschränkungen anderwärtig zu kompensieren. "Wer Hartz IV oder Grundsicherung im Alter erhält, fällt unter die Armutsgrenze. Dies betrifft etwa 22.000 Menschen, darunter 5.000 Kinder und 3.000 Seniorinnen und Senioren" (Vorlage der Stadt 2016/0369 zu TOP 4, Plenarsitzung am 26.07.2016).

Bürger/innen mit niedrigem und niedrigstem Einkommen werden für eine verfehlte Haushaltspolitik quasi abgestraft. Sozialpolitisch ist eine Leistungskürzung beim Karlsruher Pass in Zeiten wachsender Armut und prekärer Existenz ein Schritt Sozialabbau.

Mit unserem Antrag wollen wir die Rücknahme der Leistungskürzungen, eine Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten und die Erweiterung des Kreises der Nutzer/innen erreichen. Auch wenn die Ursachen von Armut auf anderen Ebenen liegen, kann der Karlsruher Pass zu einer Abmilderung der Auswirkungen beitragen.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos, Sabine Zürn

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

DIE LINKE.

30.09.16

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Karlsruher Kinderpass - Anhebung der Leistungen - Erweiterung des Berechtigten- und des Nutzerkreises

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 237	▶ 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 3180					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2017	2018	2019	2020	2021
☐ Stellenschaffung/-reduzierung					
☒ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
☐ Sperrvermerk					
☐ Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
☐ Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

► Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- bitte Zuschussempfänger eintragen

► Sachverhalt | Begründung

Wir beantragen die Einstellung der erforderlichen Mittel für:

1. die Anhebung der Leistungen des Karlsruher Kinderpasses auf das Niveau vor dem 1. September 2016. Die am 26.07.2016 beschlossenen Neuregelungen bei den Feriengutscheinen und bei der Freibäder-Saisonkarte für Kinder (Verbesserungen für die Nutzer/innen) bleiben erhalten.
2. Der Kreis der Bezugsberechtigten wird durch die Erhöhung des anrechenbaren Bedarfs um weitere 10 Prozent erweitert.
3. Die Stadt legt dem Gemeinderat ein Konzept vor, wie der Nutzerkreis des vergrößert werden kann. Dazu gehört auch eine Untersuchung, in wie weit die Bezugsberechtigten den Karlsruher Kinderpass nicht nutzen, weil sie es nicht wollen - oder weil sie ihn nicht kennen oder nicht wissen, wie man den Karlsruher Kinderpass erhält.

Begründung:

Im Juli 2016 hat der Gemeinderat mehrheitlich Leistungseinschränkungen beim Karlsruher Kinderpass ab September 2016 beschlossen. Diese umfassen v.a. die Kürzung des städtischen Zuschusses bei der Belegung von Kursen bei der Volkshochschule und der Jugendkunstschule, die Einführung einer Eigenbeteiligung beim Eintritt in Stadtgarten und Zoo und eine Reduzierung des städtischen Zuschusses für Angebote des Badischen Konservatoriums.

Der "Sparbetrag" dieser Leistungskürzungen ist vom Haushalt her gesehen gering, die Auswirkungen auf die Nutzer/innen sind im Gegensatz dazu erheblich. Sie sind direkt, weil diese Menschen keine Spielräume haben, die mit den Kürzungen verbundenen Einschränkungen anderwärtig zu kompensieren. Sie sind direkt, weil diese Menschen keine Spielräume haben, die mit den Kürzungen verbundenen Einschränkungen anderwärtig zu kompensieren. "Wer Hartz IV oder Grundsicherung im Alter erhält, fällt unter die Armuts Grenze. Dies betrifft etwa 22.000 Menschen, darunter 5.000 Kinder und 3.000 Seniorinnen und Senioren" (Vorlage der Stadt 2016/0369 zu TOP 4, Plenarsitzung am 26.07.2016).

Bürger/innen mit niedrigem und niedrigstem Einkommen werden für eine verfehlte Haushaltspolitik quasi abgestraft. Sozialpolitisch ist eine Leistungskürzung beim Karlsruher Pass in Zeiten wachsender Armut und prekärer Existenz ein Schritt Sozialabbau.

Mit unserem Antrag wollen wir die Rücknahme der Leistungskürzungen, eine Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten und die Erweiterung des Kreises der Nutzer/innen erreichen. Auch wenn die Ursachen von Armut auf anderen Ebenen liegen, kann der Karlsruher Pass zu einer Abmilderung der Auswirkungen beitragen.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos, Sabine Zürn